

Resolution gegen Kriminalisierung von Arbeitskämpfen

In Griechenland ist gestern zum ersten Mal ein von der Regierung neu beschlossenes Notstandsgesetz angewendet worden.

Die seit 8 Tagen gegen Lohnkürzungen streikenden Arbeiter bei der U-Bahn können nun verhaftet werden, wenn sie ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Anders ausgedrückt: Wer nicht zur Arbeit geht, wird verhaftet!

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kontinentalkonferenz Europa im Prozess zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 2016, protestieren gegen die Kriminalisierung der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter überall in Europa.

Wir unterstützen den mutigen Kampf der Griechinnen und Griechen gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung ebenso, wie den entschiedenen Kampf der Ford Belegschaft in Genk, Belgien, der PSA Belegschaft in Aulnay, Frankreich, der Neupack Belegschaft in Hamburg, Deutschland, oder der Opel Belegschaft in Bochum, Deutschland, um nur einige wenige zu nennen.

Wir erklären uns solidarisch mit allen Arbeitskämpfen in Europa und fordern ein allseitiges und generelles Streikrecht überall in Europa!

Einstimmig verabschiedet von den Teilnehmer/innen der Kontinentalkonferenz Europa im Prozess zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 2016, am 26.01.13 in Amsterdam, Niederlande